

Faktenblatt

Eidgenössische Volksinitiative «Ja zu einer freien und unabhängigen Schweizer Währung in Form von Münzen und Banknoten (Bargeld ist Freiheit)»

Worum geht es?

Die Volksinitiative «Ja zu einer freien und unabhängigen Schweizer Währung in Form von Münzen und Banknoten (Bargeld ist Freiheit)», die im Februar 2023 von der Schweizerischen Freiheitsbewegung (SFB) eingereicht wurde, will den Erhalt des Bargeldes in der Schweiz sicherstellen. Sie fordert, dass Münzen und Banknoten immer in ausreichender Menge verfügbar sind und dass jedes Vorhaben, den Schweizer Franken durch eine andere Währung zu ersetzen, Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt werden muss. Ziel der Initiative ist es, diese Grundsätze in der Bundesverfassung, insbesondere in Artikel 99 über die Währungspolitik, zu verankern. Die Initiative ist eine Reaktion auf die zunehmende Digitalisierung des Zahlungsverkehrs und die damit verbundenen Risiken einer verstärkten Überwachung oder technologischen Abhängigkeit.

Das sagt das Initiativkomitee

Bargeld schafft Freiheit

Bargeld ist einer der Garanten für individuelle und wirtschaftliche Freiheit, da es anonyme Transaktionen unabhängig vom Staat und von digitalen Systemen ermöglicht. Es kann überall und jederzeit problemlos verwendet werden. Es bleibt unverzichtbar für ältere Menschen und Personen, die aus philosophischen oder praktischen Gründen elektronische Zahlungen ablehnen.

Sicherheit in Krisenzeiten

Bei Stromausfällen, IT-Ausfällen oder Hackerangriffen gewährleistet Bargeld Sicherheit und die Kontinuität von Transaktionen. Darüber hinaus schafft es Sicherheit auch angesichts von Negativzinsen.

Unabhängigkeit und Schutz vor Überwachung

Bargeld fördert die Unabhängigkeit von digitalen Systemen (Strom, Kartenlesegeräte, Internet). Auch aus Sicht des Datenschutzes ist Bargeld das sicherere Zahlungsmittel. Generell ebnet die zunehmende Digitalisierung im Zahlungsverkehr den Weg für eine permanente Überwachung, wie beispielsweise in den «Sozialkreditsystemen» in China.

Wichtiges kulturelles Merkmal

Mit der Verankerung des Bargeldes in der Verfassung bleibt ein wichtiges Element der Schweizer Kultur erhalten.

Das sagen die Gegner

Bereits gesetzlich garantiert

Die Bargeldversorgung und die Verwendung des Schweizer Frankens sind bereits durch das Nationalbankgesetz (NBG) und das Währungs- und Zahlungsmittelgesetz (WZMG) garantiert. Diese Grundsätze noch zusätzlich in der Verfassung zu verankern, ist unnötig.

Unpräzise Formulierungen

Die in der Initiative vorgeschlagenen Formulierungen («genügende Menge») sind unpräzise und rechtlich schwer auszulegen. Die Initiative umschreibt die schweizerische Währungseinheit anders als man es aus Gesetzen kennt, was zu Unklarheiten führt.

Unnötige Kosten

Die Kosten für die Aufrechterhaltung der Bargeldinfrastruktur (Geldautomaten, gepanzerte Transporte, Logistik, Sortierung und Vernichtung von Banknoten usw.) werden auf über 2 Milliarden Franken pro Jahr geschätzt.¹ Die Aufrechterhaltung einer unverhältnismässig grossen Infrastruktur für Bargeld bei dessen rückläufiger Verwendung verursacht hohe Kosten für die Banken, das Finanzsystem und den Detailhandel.

Natürliche Entwicklung des Zahlungsverkehrs

Elektronische Zahlungen sind bequemer und sicherer geworden. Ihre zunehmende Verbreitung ist eher auf die Entscheidung der Verbraucher als auf staatliche Vorgaben zurückzuführen. Selbst bei Einkäufen vor Ort werden Bargeldzahlungen in der Praxis zugunsten von Zahlungen mit Debitkarten immer weniger genutzt.²

Direkter Gegenvorschlag des Bundesrats

Der Bundesrat erkennt die Bedeutung des Bargeldes für Wirtschaft und Gesellschaft an, hält die Volksinitiative jedoch für zu unklar formuliert. Er lehnt die Initiative ab, stellt ihr aber einen direkten Gegenentwurf gegenüber. Dieser greift die wichtigsten Forderungen (Bargeldgarantie und Währungshoheit) auf, aber mit Formulierungen, die in der bestehenden Praxis verankert sind. Er verankert die bereits gesetzlich vorgesehenen Garantien in der Verfassung, indem die Rechtsgrundlage gestärkt und eine sichere Versorgung mit Bargeld in Schweizer Franken gewährleistet wird.

Empfehlungen

Der Nationalrat empfiehlt die Ablehnung der Volksinitiative und die Annahme des direkten Gegenvorschlags mit 179 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen; ebenso empfiehlt der Ständerat dies mit 44 zu 1 Stimmen. Die Mitte-Fraktion empfiehlt einstimmig die Ablehnung der Initiative.

Die Nationale Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien und Vereinigungen (NKPP) hat abschliessend die Nein-Parole gefasst und sich für den direkten Gegenvorschlag ausgesprochen.

¹ Future of Money, A SIX White Paper, S. 30: <https://www.six-group.com/dam/download/company/report/whitepapers/six-whitepaper-future-of-money-full-version-en.pdf>

² Bericht der SNB zu Zahlungsmittelumfrage bei Privatpersonen in der Schweiz, 2024: <https://www.snb.ch/de/the-snb/mandates-goals/cash/payment-methods-surveys/payment-methods-survey-2024>